

Makroökonomische/Sozialpolitische Perspektiven auf die Sozialpolitik/Makroökonomie

**Ulrich Klüh
Hochschule Darmstadt**

Schon ein flüchtiger Blick auf wirtschaftspolitische Problemstellungen offenbart die große inhaltliche Nähe zwischen Makroökonomik und Sozialpolitik. So wird die Entwicklung der Weltwirtschaft auf absehbare Zeit stark davon abhängen, ob es großen Schwellenländern wie China und Indien gelingt, eine moderne Sozialpolitik zu etablieren. Hintergrund ist die Einsicht, dass gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsentscheidungen ohne soziale Sicherungssysteme zur Vergrößerung bestehender und Entstehung neuer makroökonomischer Ungleichgewichte beitragen dürften.

In den entwickelten Volkswirtschaften ergeben sich ähnlich fundamentale Fragestellungen. Welcher Zusammenhang besteht zwischen einem in den letzten Jahrzehnten vermehrt wirksamen Regime der institutionalisierten Austerität (Streeck und Martens, 2010) und der Sozialpolitik? Lange wurde angenommen, dass der wachsende Wohlfahrtsstaat einer der Hauptgründe für den zunehmenden Bedarf an Austerität darstelle. Dies wird durch die neuere empirische Forschung vermehrt in Frage gestellt (Holtfrerich et al. 2015). Für Deutschland stellt sich im Besonderen die Frage, wie die Gebietskörperschaften die Ziele der Schuldenbremsen mit dem verfassungsmäßigen Ziel einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vereinbaren können.

Ganz aktuell veranschaulicht die Zunahme globaler Flüchtlingsströme eindrücklich, wie zahlreich und komplex die Bezüge zwischen Sozial- und Makropolitik sind. Dies betrifft sowohl die Fluchtursachen als auch die makroökonomischen Auswirkungen einer Zunahme der Zuwanderung von Flüchtenden. Auch die noch immer ungeklärte Zukunft der Eurozone wird sich in vielerlei Hinsicht im Nexus zwischen beiden Feldern entscheiden:

- Kurzfristig wird unter dem Stichwort Helikoptergeld vermehrt die Möglichkeit eines „Social Credit“ (Delong 2016) diskutiert. Grundidee ist es, die quantitative Lockerungspolitik der Europäischen Zentralbank nicht durch das dysfunktionale Bankensystem, sondern durch die

Steuer- und Sozialsysteme zu kanalisieren. Sozialpolitik wird zum Instrument der Deflationsbekämpfung.

- Mittelfristig bleibt ungeklärt, wie die Zukunft einer Währungsunion aussehen kann, die auf absehbare Zeit schwerwiegende soziale Probleme verursacht. Diese betreffen nicht nur die immer noch äußerst hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit, sondern auch die direkten Folgen der Sparpolitik, beispielsweise im Gesundheitssystem. Die (Abwesenheit von) Sozialpolitik wird zum Symbol einer mangelnden gesellschaftspolitischen Nachhaltigkeit makroökonomischer Grundsatzentscheidungen.
- Langfristig wird die Europäische Währungsunion einen Mechanismus benötigen, der bei asymmetrischen Schocks einen fiskalischen Ausgleich ermöglicht. Inzwischen dominieren Modelle wie das einer europäischen Arbeitslosenversicherung die Erwägungen der Kommission und vieler Experten. Sozialpolitik fungiert hier klassisch als Ausgleichsmechanismus bei gesamtwirtschaftlich asynchronen Schwankungen.

Gerade die Euro-Krise hat insgesamt zu einer Renaissance der sozialpolitischen Reflektion makroökonomischer Politik geführt. Es zeigt sich, dass makroökonomische Überschreitungen sozialpolitischer Verteidigungslinien Folgen zeitigen, die gesellschaftspolitisch als inakzeptabel empfunden werden. Wie schon von Polanyi (1944) anhand der britischen Sozialgesetzgebung und anhand der Folgen eines Festhaltens am Goldstandard gezeigt, entsteht im Spannungsfeld zwischen Sozialpolitik und Makroökonomie eine erhebliche Sprengkraft.

So ist es nicht erstaunlich, dass einer der wenigen verbliebenen Kampfbegriffe in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung die Frage nach einem sozialen Europa ist. Hacker (2014) beschreibt vier Konfliktfelder, die in diesem Zusammenhang relevant sind. Neben den wieder in den Vordergrund tretenden klassischen Verteilungskonflikten sind dies der „Urkonflikt“ zwischen nationaler Souveränität und europäischer Politikgestaltung, der „Dauerkonflikt“ zwischen einer negativen Integration des Abbauens von Markthemmnissen und einer positiven, marktgestaltenden Integration sowie der „ideologische Konflikt“ zwischen angebots- und nachfrageorientierter Politik.

Viele weitere Einzelthemen könnten angefügt werden, insbesondere mit Bezug zu Entwicklungs- und Schwellenländern. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass weder die makroökonomische noch die im engeren Sinne sozialpolitische

Forschung systematisch aufeinander Bezug nimmt. Ganz im Gegenteil drängt sich eher der Eindruck einer Dichotomie auf. Nur selten werden makroökonomische und sozialpolitische Theoriebildung explizit miteinander verzahnt.

Wie lässt sich die Rolle der Sozialpolitik im gesamtwirtschaftlichen Kontext einfangen ohne diesen Widerspruch zu ignorieren? Im nächsten Abschnitt werden zunächst einschlägige Bezüge zwischen Makroökonomie und Sozialpolitik aufgearbeitet. Dabei wird nach Ansatzpunkten für eine weitergehende Reflektion Ausschau gehalten. Im Kern steht jedoch die makroökonomische Verortung der Sozialpolitik. In Abschnitt 2 werden dann zwei einschlägige Diskurse skizziert, die umgekehrt die Makroökonomik sozialpolitisch verorten. Abschnitt 3 stellt einen ersten Versuch dar, beide Verortungen aufeinander zu beziehen.

1. MAKROÖKONOMIE UND SOZIALPOLITIK IM WECHSELSPIEL

Im Hinblick auf das Wechselspiel zwischen Makroökonomie und Sozialpolitik lassen sich zwei extreme Grundpositionen feststellen. Auf der einen Seite steht die Vorstellung, die Sozialpolitik sei eine Art Korrektiv für im Kern makroökonomisch determinierte sozioökonomische Zustände. So weist Atkinson (1999) zurecht darauf hin, dass Ökonomen oft einem „Leader-Follower-Modell“ anhängen. Zunächst wird der makroökonomische Rahmen bestimmt. Die Sozialpolitik folgt dann in zweiter Linie, im Wesentlichen um die sozialen Konsequenzen der makroökonomischen Entwicklungen abzufedern.

Auf der anderen Seite sieht sich eine ganze Reihe von Makroökonomien im Wesentlichen als Teil eines ganzheitlich verstandenen sozialpolitischen Forschungsansatzes. Wie schon bei Eucken (1959 S. 179) wird die Grundvorstellung aufgegriffen, dass es nichts gäbe, was nicht sozial wichtig wäre. Die Sozialpolitik sollte deshalb nicht „als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden“. Sie bildet den Rahmen und den Urgrund der Makroökonomik. Diese Grundvorstellung wird weiterentwickelt, indem die wesentlichen makroökonomischen Kategorien in ihrer sozialpolitischen Wirkung reflektiert werden. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bestimmen das Risiko sozialer Notlagen. Inflation, Zins und Kredit beeinflussen die Möglichkeit, intertemporal zu planen. Das staatliche Budget ist Ausdruck einer sozialpolitischen Agenda, egal ob es hinreichend sozial ausgerichtet ist oder nicht. Akkumulation, Wachstum und Verteilung müssen in einem sozialpolitischen Einklang stehen. Insbesondere muss

wachstumsförderliche Ungleichheit nicht nur Wachstum, sondern soziale Kohäsion befördern.

Im Rahmen der ersten Sichtweise ist eine makroökonomische Verortung der Sozialpolitik relativ einfach. Die Rollen sind klar verteilt. Rückwirkungen sozialpolitischer Instrumente auf die makroökonomische Entwicklung können konzeptionell relativ einfach integriert werden. Im Rahmen der zweiten Sichtweise ist eine makroökonomische Verortung der Sozialpolitik nur schwerlich möglich, da sich die Makroökonomie selbst makroökonomisch verorten müsste. In der Folge wird zunächst eher die erste, dann jedoch vermehrt die zweite Sichtweise zugrunde gelegt.

1.1 KURZE FRIST: KONJUNKTURZYKLUS UND SOZIALPOLITIK

Makroökonomische Entwicklungen bestimmen entscheidend die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen. Kurzfristig fungiert der Arbeitsmarkt als wichtigster Transmissionsriemen. Über eine variierende Inanspruchnahme wird auch die finanzielle Ausstattung sozialer Sicherungssysteme entscheidend von den Konjunkturperspektiven geprägt. Dabei treten erhebliche Wechselwirkungen auf. Indem sie in der Rezession Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit begrenzen, tragen sozialpolitische Instrumente zu einer Abfederung von Schocks bei und verringern deren Multiplikatoreffekt. Im Aufschwung kommt es hingegen üblicherweise zu einer Absorption von Einkommenssteigerungen.

Je nach Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme sind diese mehr oder weniger in der Lage, als automatische Stabilisatoren zu wirken. Die wohlfahrtsökonomischen und fiskalischen Auswirkungen gesamtwirtschaftlicher Schwankungen sind nicht zuletzt sozialpolitisch determiniert. Die Sozialpolitik selbst wird somit zu einem wesentlichen Einflussfaktor kurzfristiger makroökonomischer Entwicklungen, wie zahlreiche ökonometrische Untersuchungen zeigen.¹ Eine zusätzliche Relevanz erhalten die entsprechenden Mechanismen, wenn eine Volkswirtschaft durch ein hohes Maß an Hysterese charakterisiert wird. In diesem Fall haben kurzfristige

1 Ein besonders eindrückliches Beispiel für eine derart antizipierte Wechselwirkung ist die Idee eines zustandsabhängigen Arbeitslosengeldes. Hierbei werden explizit makroökonomische Zustände und sozialpolitische Reaktionsmuster miteinander verknüpft, um ein Maximum an Stabilisierung zu erreichen. Dabei wird akzeptiert, dass die von den meisten Ökonomen unterstellte positive Anreizwirkung von Arbeitslosigkeit abgeschwächt wird. Insbesondere wenn Nachfrageschocks im Spiel sind, können diese Anreizwirkungen in der Rezession nur im geringen Maße wirken und deshalb vernachlässigt werden.

konjunkturelle Schwankungen mittel- bis langfristige Auswirkungen. Sie schwächen das Produktionspotenzial, beispielsweise weil brachliegende Ressourcen einem schnelleren Verschleiß unterliegen. Vor allem jedoch kann ein kontemporärer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Zukunft beitragen.

Die kurzfristigen fiskalischen und fluktuationstheoretischen Konsequenzen der Sozialpolitik sind den meisten Makroökonomern präsent. Das Phänomen der Hysterese und damit die längerfristigen Rückwirkungen der Sozialpolitik auf makroökonomische Phänomene finden hingegen nur selektiv Berücksichtigung. Darauf haben insbesondere Darity und Goldsmith (1996) hingewiesen. Hintergrund ihrer Kritik ist der Umstand, dass die sozialpsychologischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit nicht nur sozialpolitisch relevant sind. Sie haben makroökonomische Auswirkungen. Die Erfahrung von Arbeitslosigkeit wird als tiefer Einschnitt in eine Biografie erfahren, so dass Spuren oder auch Narben verbleiben. Diese wiederum beeinflussen die Selbstwahrnehmung, Einstellungen zur Erwerbsarbeit und die Ausprägung von Gefühlszuständen in unterschiedlichen Lebenslagen. Zudem kann, nicht nur bei besonders anfälligen Bevölkerungsgruppen, eine Veränderung im sozialen Umfeld und in den Lebensbedingungen ausgelöst werden, die die Arbeitsmarktchancen nachhaltig schwächen. Insgesamt wird das Suchverhalten auf dem Arbeitsmarkt, die potenzielle Produktivität und - sofern diese Effekte antizipiert werden - die Einstellungsbereitschaft der Arbeitgeber beeinflusst.

Als Folge dieser Entwicklungen können kurzfristige Fluktuationen langfristige Auswirkungen am Arbeitsmarkt haben. Das Ausmaß dieser Hysterese kann durch eine sozialpolitische Abfederung beeinflusst werden. Darity und Goldsmith haben vor über 20 Jahren an prominenter Stelle auf eine stärkere Berücksichtigung dieser und ähnlicher Phänomene gedrungen. Sie sehen eine dringende Notwendigkeit zur Integration von Makroökonomik und Sozialpolitik und weisen auf frühere Ansätze mit ähnlicher Stoßrichtung hin, insbesondere bei Kalecki (1943) und Robinson (1937). Hinzu kommt, dass sich in den letzten zwanzig Jahren breite Teile der Wirtschaftswissenschaften vermehrt Erkenntnisse der Glücksforschung zu Eigen gemacht haben. Diese Erkenntnisse sind ein wichtiger Beleg für die Bedeutung von Hysterese. Sie zeigen, dass nur sehr wenige Ereignisse im Leben derart tiefe und langfristige Einbußen des Wohlbefindens verursachen. Warum ist es trotz dieser Ausgangsbedingungen nicht zu einer vermehrten sozialpolitischen Reflektion makroökonomischer Forschung gekommen?

1.2 LANGE FRIST: WACHSTUM, VERTEILUNG UND SOZIALPOLITIK

Kurz- bis mittelfristig nimmt die Sozialpolitik eine zentrale Rolle bei der Bestimmung der Ursachen und Folgen gesamtwirtschaftlicher Schwankungen ein. Sie beeinflusst dabei sowohl die Ausprägung (d.h. Stärke und Dynamik) der Fluktuationen als auch deren kurz- und mittelfristige Auswirkungen. Sie ist gleichzeitig Stoßdämpfer und Reparaturwerkstatt. Als zentraler Nexus zwischen Sozialpolitik und Makroökonomie fungieren hierbei der Arbeitsmarkt sowie das Steuer- und Transfersystem.

Bereits indem sie die makroökonomische und die gesellschaftliche Schockverarbeitung maßgeblich bestimmt, gewinnt die Sozialpolitik Relevanz für langfristige Phänomene. Sie wird zu einem entscheidenden Faktor bei der Bestimmung der Tragfähigkeit einer durch starke gesamtwirtschaftliche Schwankungen geprägten Wirtschaftsordnung. Im Vordergrund einer mittel- bis langfristigen Betrachtung stehen diese Effekte jedoch nicht. Vielmehr werden vor allem Verteilungs- und Wachstumsfragen thematisiert. Der Nexus zwischen Sozialpolitik und Makroökonomik verbreitert sich damit. Das Eigentum an Produktionsmitteln, Fragen des technischen Fortschritts, die internationale Arbeitsteilung sowie das Finanzsystem werden zu zentralen Bestimmungsfaktoren des Wechselspiels zwischen beiden Bereichen.

Auch bei einer langfristigen Betrachtung verursachen makroökonomische Entwicklungen zunächst sozialpolitische Handlungsnotwendigkeiten. Sie bestimmen maßgeblich die Anfälligkeit/Resilienz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf soziale Notlagen. Damit werden sie zu einer wichtigen Determinante der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Sozialpolitik. Umgekehrt wirkt sich Sozialpolitik über zahlreiche Kanäle makroökonomisch aus. Dabei können zwei Ebenen unterschieden werden.

Zum einen lässt sich zeigen, dass dauerhaftes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur bei Vorliegen sozialpolitischer Grundbedingungen zustande kommen kann. Sozialpolitik hat ganz direkt ökonomische Wachstumswirkungen. Lange Zeit herrschte vor allem die Befürchtung vor, ein zu viel an Absicherung könne als Wachstumshemmnis wirken. Inzwischen zeigt sich, dass es zunächst vor allem darum geht, die von einem Mangel an Sozialpolitik und sozialer Absicherung ausgehenden Wachstumshemmnisse zu beseitigen. Insbesondere im Entwicklungskontext kommt es ohne Dienstleistungen im Bereich der Versorgung mit Grundbedürfnissen zu dauerhaften Störungen der Wachstumskräfte. Doch auch in späteren Entwicklungsstadien

kann ein Mangel an Sozialpolitik wachstumstheoretisch kontraproduktiv sein. Die makroökonomische Tragfähigkeit selbst rückt in den Mittelpunkt. Beispielsweise zeigt sich, dass die Bevölkerung in Schwellenländern nur bei Vorliegen entsprechender Sicherungssysteme bereit ist, auf eine exzessive Ersparnisbildung zu verzichten. Diese ist jedoch häufig notwendig, um von einem exportorientierten zu einem mehr binnenorientierten Wachstumsmodus überzuwechseln.

Zum anderen wirkt sich die Sozialpolitik auf einer die Ökonomik transzendierenden Ebene aus. Es geht vermehrt um die politikökonomische und demokratietheoretische Frage, wie kapitalistisches Wirtschaften gesellschaftlich eingebettet werden muss. Welche Sicherungssysteme benötigt eine Gesellschaft, deren Wirtschaft permanent Risiken und Unsicherheit produziert? Es ist davon auszugehen, dass sich die Strukturen der Sozialpolitik im Wechselspiel mit dem sich herausbildenden Makroregime (für den Begriff: siehe Klüh, 2015) entwickeln. Das hat einerseits offensichtliche politikökonomische Gründe: Auf der einen Seite können makroökonomische Grundausrichtungen nur dann nachhaltig sein, wenn sie nicht auf allzu große soziale Widerstände stoßen. Auf der anderen Seite ist die Finanzierung sozialpolitischer Abfederungsmaßnahmen nur bei Vorliegen entsprechender makroökonomischer Bedingungen möglich.

Nach Klüh (2015) sind Makroregimes im Kern von konvergenten Erwartungen geprägt. Zu Erwartungsrevisionen hinsichtlich der gangbaren Kombinationen sozialpolitischer und makroökonomischer Ausrichtungen kommt es vor allem dann, wenn Probleme auftauchen. Nicht umsonst spielen Phasen der mangenden Konsistenz beider Felder bei Polanyi eine so zentrale Rolle: Aus einem vermuteten Zusammenwirken von makroökonomischen und sozialen Mechanismen kann eine Entbettung der Wirtschaft resultieren.²

Unterschiedliche makroökonomische Akkumulationsmuster und die mit diesen Akkumulationsmustern verzahnten Institutionen und Prämissen bedingen somit die Ausprägung spezifischer sozialpolitischer Modelle. So war die Zeit zwischen der Mitte der 1940er und dem Anfang der 1970er Jahre von hoher Stabilität und hohen Wachstumsraten geprägt. Eine Kombination

² Auch Eucken betont das Wechselspiel zwischen makroökonomischen und sozialpolitischen Aspekten, vor allem in seiner Auseinandersetzung mit der sozialen Fragen (Eucken 1959, 126-130). Verwundern darf dies nicht, versteht er seine Politik der Wettbewerbsordnung doch wie oben erwähnt im Kern als Sozialpolitik: „Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre“ (Eucken 1959: 179).

aus festen Wechselkursen und geringer Kapitalmobilität ermöglichte wirksame nationale Geld- und Fiskalpolitiken. Eine stark anti-zyklische und damit sozialpolitisch wirksame makroökonomische Politik sorgte für Vollbeschäftigung von Arbeit und Kapital. In diesem Regime spielten nationale Institutionen wie der "Wohlfahrtsstaat" eine ganz andere Rolle als in den darauffolgenden Jahrzehnten, in denen Arbeitslosigkeit zunehmend ein Instrument zur Bekämpfung von Inflation wird, in denen es zu einer zunehmenden Verengung der fiskalpolitischen Spielräume und zu einer zunehmenden Finanzialisierung der Lebensbereiche kommt. Crouch (2009) spricht treffend von einem privatisierten Keynesianismus, im Rahmen dessen private Verschuldungsfähigkeit zunehmend Funktionen staatlicher Sozialpolitik ersetzt.

1.3 MAKROÖKONOMIK UND SOZIALPOLITIK: EIN DUALISMUS?

Vor dem Hintergrund der Fülle von genannten Bezügen ist es erstaunlich, wie wenig Sozialpolitik und Makroökonomik gemeinsam reflektiert werden. Die moderne makroökonomische Forschung setzt sich nur äußerst selektiv mit ihren sozialpolitischen Motiven und Entstehungsbedingungen auseinander. Dabei ließe sich ein Großteil makroökonomischer Theorieentwicklung ohne sozialpolitische Kontextualisierung gar nicht verstehen. Schon die erste große Makrodebatte der Ökonomik, die ursprüngliche Auseinandersetzung zum Sayschen Gesetz, wird nicht zuletzt von Protagonisten geprägt, die ihre sozialpolitischen Interessen betonen (Klüh 2014).³

Wenn Keynes von der Ökonomik als moralischer Wissenschaft spricht kann dies durchaus als Hinweis auf die sozialpolitischen Dimensionen seiner makroökonomischen Forschung verstanden werden. Wie Davis (1991, S. 94) darlegt, ist die Ökonomik für Keynes vor allem deswegen eine "moral science", weil sie mit den Motiven, Erwartungen und psychologischen Unsicherheiten von Individuen beschäftigt ist. Im Zusammenhang mit der Aussage, der Hauptfehler des aktuellen Wirtschaftssystems liege einerseits in seinem Versagen, Vollbeschäftigung herzustellen, andererseits in seiner Tendenz zu einer arbiträren und ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung (Keynes, 1935, Kapitel 24), wird dies noch offensichtlicher.

³ Einer dieser Protagonisten, Jean Charles Léonard de Sismondi, betont dies vielfach, ist inzwischen jedoch stark in den Hintergrund der theoriegeschichtlichen Auseinandersetzung getreten. Thomas Malthus wurde später von David Ricardo vorgeworfen, er gebe „den Reichen eine sehr erfreuliche Formel, die Missgeschicke der Armen zu ertragen“.

In den darauf folgenden Jahrzehnten wird die sozialpolitische Dimension des Makroökonomischen jedoch nur sehr selten thematisiert.⁴ Zwei idiosynkratische aber interessante Beispiele, wie Bezüge zwischen Makroökonomik und Sozialpolitik im ökonomischen Diskurs verwischt werden, seien an dieser Stelle angeführt:

Im Zuge der zunehmenden Häufigkeit von Finanzkrisen seit Anfang der siebziger Jahre wird vermehrt auf Hyman Minsky verwiesen. Dabei wird dieser zunehmend als reiner Experte für Fragen der Finanzstabilität gesehen. In Wirklichkeit ist Minsky's Erkenntnisinteresse sehr viel breiter angelegt und umfasst zahlreiche sozialpolitische Dimensionen (Minsky 1985).

Der Nobelpreisträger William S. Vickrey ist heute fast nur noch für seine mikroökonomischen Arbeiten bekannt. Seine Auseinandersetzungen mit makroökonomischen Problemstellungen, insbesondere seine Fundamentalkritik am Konzept der natürlichen Arbeitslosenquote, sind hingegen weitgehend vergessen. Sie stellen jedoch interessanterweise einen ganz direkten Bezug zu sozialpolitischen Fragestellungen her (Forstater et al. 2015).

Offensichtlich ist das Erkenntnisinteresse der meisten Makroökonomien dergestalt, dass explizite Erwähnungen der sozialpolitischen Dimension makroökonomischer Theoriebildung schnell verblassen. Dabei mag es eine Rolle spielen, dass häufig dann doch nur die Frage nach der Generierung ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten im Fokus der sozialpolitisch motivierten Makroökonomik steht. Zumindest bei Keynes, Minsky und Vickrey ist dies nicht von der Hand zu weisen. Der Arbeitsmarkt als zentrale Kopplungsstelle zwischen Makroökonomik und Sozialpolitik erlaubt jedoch auch ein sehr konkretes Zusammendenken der beiden Sphären. Darauf wird in der Folge zurückzukommen sein.

Neben der mangelnden Bereitschaft der Makroökonomien, die sozialpolitische Dimension ihrer Theoriebildung mit zu reflektieren, gibt es eine Reihe von weiteren Gründen, warum vom jeweiligen anderen Feld häufig abstrahiert wird. Auch weite Teile der sozialpolitischen Forschung selbst verstehen sich nicht als makroökonomisch eingebettet. Historisch gesehen ist Sozialpolitik stark auf subsidiären Ebenen

⁴ Man könnte Ausnahmen zu dieser generellen Aussage anführen, sofern man den Begriff der Makroökonomik über die standardmäßige Verwendung hinaus dehnt. Beispiele finden sich unter anderem im Bereich der katholischen Soziallehre.

gesellschaftlichen Handelns angesiedelt gewesen, beispielsweise im familiären Kontext, dann in Kommunen, kirchlichen Hilfssystemen und privaten Initiativen. Die sozialpolitisch Handelnden waren deshalb in einer Handlungslogik eingebunden, für die makroökonomische Entwicklungen als Gegeben hinzunehmen waren. In der Folge richtete sich ihr Erkenntnisinteresse eher auf die Fragestellungen, die ihr Handeln einerseits legitimieren und andererseits zielgerichteter werden lassen konnten.

Diese Logik der Verortung wird zwar durch die Schaffung sozialer Sicherungssysteme konterkariert; gesamtgesellschaftlich organisierte Sozialsysteme führen allerdings zu einer neuen, anders gelagerten Verengung des Blickwinkels: Für viele gerade angewandte Ökonomen wird Sozialpolitik in der Folge oft einseitig und fälschlicherweise mit sozialen Sicherungssystemen identifiziert. Dies ist besonders eindrücklich von Judith Tandler (2002) in Bezug auf die Entwicklungspolitik gezeigt worden, ließe sich jedoch leicht verallgemeinern. So gibt es in vielen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Kapitel zur Fragen der „Sozialen Sicherung“, nicht jedoch zur Sozialpolitik insgesamt.

Ein dritter Grund für das auffällige Nebeneinander von Makroökonomik und Sozialpolitik mag sein, dass makroökonomische und sozialpolitische Politikansätze sehr unterschiedlich sind: Gute Makropolitik basiert nicht selten darauf, beim einzelnen Akteur falsch und im Aggregat richtig zu liegen. Ein Beispiel: Natürlich führen geldpolitische Stabilisierungsversuche zu Mitnahmeeffekten bei Gruppen, deren Vermögen schon als sehr hoch empfunden wird. Dennoch lässt sich insgesamt zeigen, dass die Verteilungswirkungen einer aggressiv beschäftigungsförderlichen Geldpolitik eher in die richtige Richtung gehen (Coibon et al. 2012). Im Gegensatz hierzu ist gute Sozialpolitik darauf angewiesen, dem Einzelnen möglichst die Unterstützung zu Gute kommen zu lassen, die seiner Situation adäquat ist. Ansatzpunkt sind somit die Problemlage und die Problemlösungskapazität des Individuums.

Insgesamt entsteht Eindruck eines Dualismus: Sozialpolitische und makroökonomische Erscheinungen, Betrachtungs- und Erkenntnisweisen stehen in einer wenn nicht offensichtlichen so doch klar spürbaren Polarität zueinander. Auf der einen Seite steht die subsidiäre, auf eine der individuellen Situation angemessene Ausgestaltung ausgerichtete, Sozialpolitik. Auf der anderen Seite steht die auf zentrale Instrumente wie „das Defizit“, „den Zins“ oder „die Wachstumsrate“ abstellende Makroökonomik.

2. ZWEI ANNÄHERUNGSVERSUCHE

2.1 DER TRADE-OFF ZWISCHEN ARBEITSLOSIGKEIT UND INFLATION

Wie schon erwähnt ist der Arbeitsmarkt ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Nexus zwischen Makroökonomik und Sozialpolitik. Die Vorstellung, ein voll ausgelasteter Arbeitsmarkt sei die beste Sozialpolitik wird von Ökonomen unterschiedlichster Couleur geteilt. Die Konfliktlinie verläuft eher bei der Frage, wann von einer Vollauslastung des Arbeitsmarktes zu sprechen ist. Besonders prägnant kann dies durch die Forderung von William Vickrey veranschaulicht werden, das Konzept einer natürlichen Arbeitslosenquote durch das des „chock-full employment“ zu ersetzen (Vickrey 1992).

Wie Forstater (1999) betont, widerstrebt Vickrey insbesondere die Vorstellung, man müsse eine Arbeitslosenquote anstreben, die hoch genug ist, um Inflationstendenzen zu unterbinden. Im Zentrum der Kritik einer „non-accelerating inflation rate of unemployment“ (NAIRU) stehen sozialpolitische Motive. Die „sozialen und ökonomischen“ Kosten der Arbeitslosigkeit beschreibt Vickrey als „Armut, Kriminalität, Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit, Fehlernährung, schlechte pränatale Versorgung, ethnische Ausgrenzung, Schulabbrüche, familiäre Probleme und andere soziale Probleme“ (Forstater, 1999, und die dort genannten Quellen). Vickrey thematisiert auch den Umstand, dass Arbeitslosigkeit bei besonders benachteiligten Gruppen häufiger auftritt. Vor dem Hintergrund dieser Probleme sei es verwerflich, Arbeitslosigkeit als Instrument einzusetzen.

Besonders wenn die Kosten der Inflation für besonders verletzte Bevölkerungsgruppen eher gering und zudem relativ leicht zu kompensieren wären, ist es unvernünftig, mit der Kanone der Arbeitslosigkeit auf den Spatz Inflation zu schießen. Sozialpolitisch inspirierte Makroökonomik setzt nicht zuletzt hier an. So fordert Vickrey die Forschung auf, Ansätze zu entwickeln, die gleichzeitig zu Vollbeschäftigung und stabilen Preisen führen. Eine Fiskalpolitik, die sich explizit dem Recycling der nominalen Netto-Ersparnis verschriebe, reiche aus seiner Sicht hierzu aus (Vickrey 1992).

Doch wie steht es um die relative Bedeutung von Inflation und Arbeitslosigkeit für sozialpolitische Belange? Die Makroökonomik verwendet seit geraumer Zeit eine soziale Wohlfahrtsfunktion, die Beschäftigungs- und Inflationsziele ungefähr gleich gewichtet. Dies geschah lange Zeit ohne empirische oder theoretische Fundierung. Dass die meisten makroökonomischen Modelle mit repräsentativen

Wirtschaftseinheiten operieren, erschwert eine sozialpolitische Bewertung zusätzlich. Die verfügbare Evidenz legt jedoch tatsächlich nahe, dass die sozialen Gefahren der Inflation tendenziell überschätzt werden.

So sind die Wachstumseffekte der Inflation üblicherweise bis weit über die heute üblichen Inflationsziele positiv. Erst ab Inflationsraten, die deutlich über dem heutigen Standardziel von 2 Prozent liegen, lassen sich überhaupt negative Effekte feststellen (Gylfason und Herbertsson, 2001). Ein Herauswachsen aus sozialen Problemlagen wird durch niedrige Inflation demnach keineswegs befördert. Aus der Perspektive der Sozialpolitik müssten deshalb die Wohlfahrtseinbußen durch Inflation relativ zu den Wohlfahrtseinbußen der Arbeitslosigkeit aus anderen Gründen besonders ausgeprägt sein oder besonders verletzliche Gruppen besonders hart treffen. Insbesondere die empirische Glücksforschung legt jedoch genau das Gegenteil nahe. Selbst die Untersuchungen, die relativ hohe Inflationseffekte finden, zeigen, dass Arbeitslosigkeit deutlich stärkere Auswirkungen hat (Di Tella et al. 2001). Neue Untersuchungen kommen zu wesentlich höheren relativen Kosten der Arbeitslosigkeit (Blanchflower et al. 2014). Weiterhin zeigen Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Geldpolitik und Umverteilung, dass eine besonders aggressive Inflationsbekämpfung Umverteilung von weniger vermögenden zu vermögenden Bevölkerungsschichten nach sich zieht (Coibion et al. 2012). Vor allem jedoch belegt die Glücksforschung, dass wenige Ereignisse im Leben so nachhaltig das Wohlbefinden reduzieren wie die Arbeitslosigkeit (Clark and Oswald 1994). Eine Neubewertung des trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit scheint demnach zumindest sozialpolitisch angebracht. Allerdings ist eine solche weder in der Makroökonomik noch in der sozialpolitischen Literatur ersichtlich. Selbst wenn von Makroökonomien höhere Inflationsziele gefordert werden, geschieht dies nicht aus sozialpolitischen Motiven, sondern um die Effektivität der Geldpolitik in einem Niedrigzinsumfeld sicherzustellen (Blanchard et al. 2010).

2.2 MAKROÖKONOMISCHE ANPASSUNG UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die entwicklungspolitische Debatte greift den Aspekt einer Überbewertung der Inflationsbekämpfung proaktiv auf. Zum Schutz eines nur begrenzt schutzwürdigen - weil vermögenden - Teils der Bevölkerung würden andere Ziele der Wirtschaftspolitik sträflich vernachlässigt (Sen 1998). Hauptauslöser der Kritik am deflationären Bias der Programme von IWF und Weltbank sind die teils verheerenden sozialen

Folgen makroökonomischer Anpassungsprogramme. Diese würden in Verbindung mit den wirtschaftspolitischen Prämissen des Washington Consensus eine besonders verheerende Wirkung entfalten (Stiglitz, 1998). Um diese Folgen abzufedern, waren unterschiedliche Programme zur Berücksichtigung sozialer Aspekte aufgelegt worden, unter anderem das Comprehensive Development Framework (CDF), das Weltbank-Papier zu „Good Practice in social policy“ oder die Begleitprogramme zur Entschuldungsinitiative HIPC.

Die entwicklungspolitische Bewertung dieser Programme fällt eher skeptisch aus. Dabei wird unter anderem kritisiert, dass eine Sozialpolitik über den Arbeitsmarkt, so wie sie von zahlreichen Ökonomen befürwortet wird, zu kurz greift:

Macroeconomic policy approaches that rely solely or principally on full employment to achieve social goals such as equitable income distribution and elimination of poverty suffer from the male breadwinner bias. Such policies rarely take into account the relationship between paid and unpaid forms of labor that is just as much at the heart of provisioning of needs as paid forms of labor. (Gagatay und Elson, 2000, p. 1355)

Sobald man sich die vielfältigen Bezüge zwischen Makroökonomischem und Sozialpolitischem vergegenwärtigt, verbiete sich das übliche Nebeneinander von „Sozialem und Makroökonomischem“. Dieses Nebeneinander herrsche gerade in von Ökonomen dominierten Institutionen vor. Ebenso ist ein Nacheinander zu vermeiden, wie Atkinson (1999) betont: Ein Ansatz, bei dem erst das makroökonomische Anpassungsprogramm und dann (zur Abfederung der Folgen) das sozialpolitische Beiwerk bestimmt werde, müsse scheitern.

Vielmehr gelte es, einen alternativen Ansatz zu entwickeln. Makroökonomische Politikmaßnahmen müssten unter der Prämisse konzipiert werden, dass sie im Kontext spezifischer Verteilungsbeziehungen und Institutionen stattfänden (Mehrotra und Delamonica 2007). Jedwede Makropolitik habe soziale Folge, die explizit zu machen sind (Gagatay und Elson, 2000, p. 1347). Ziel müsse es sein, makroökonomische Politikmaßnahmen nicht per se auf Basis „markt-basierter“ Kriterien zu bewerten. Vielmehr müsse gefragt werden, ob sie Gesellschaften näher an einen Zustand sozialer Gerechtigkeit heranführen könnten (Sen 1998). Die Entwicklung menschlicher Verwirklichungschancen wird zum Endziel makroökonomischer Politik (Gagatay und Elson, 2000, p. 1348).

Die Entwicklungspolitik greift somit den oben vermuteten Dualismus zwischen Makroökonomik und Sozialpolitik explizit auf und versucht diesen aufzulösen. Sie lehnt sich dabei an Theorien der Gerechtigkeit an. Makroökonomie wird in eine breitere sozialpolitische Agenda eingebettet, indem explizit auf Gerechtigkeitsdiskurse verwiesen wird. Diese betten die Makroökonomik in eine sozialpolitisch motivierte Theoriearchitektur ein. Dies kann schon bei Rawls erahnt werden, wenn er fragt, ob eine massive Ungleichheit der Vermögen durch Wachstumseffekte legitimierbar sei. Er verweist dabei auf Keynes, der die hohe Vermögenskonzentration zum Ende des 19. Jahrhunderts als die Bedingung für die massive Ersparnisbildung dieser Periode beschrieben hatte. Diese wiederum habe Wachstumseffekte ausgelöst, so dass schließlich breite Teile der Bevölkerung ein neues Wohlstandsniveau erreichen können. Entscheidend sei hierbei, so Rawls (1971, 298f), dass Keynes die ungleiche Verteilung nicht einfach mit einem höheren Wohlstand späterer Generationen legitimiere. Vielmehr ginge es um die Frage, ob für die unter der Ungleichverteilung leidenden Bevölkerungsgruppen keine vorzuziehende, gangbare Alternative zur Verbesserung ihrer Situation existiert habe.

Die sozialpolitische Einbettung der Makroökonomik und damit der Makropolitik ist jedoch allenfalls ein „work in progress“. Sie scheint in den letzten Jahrzehnten sogar eher ins Stocken geraten zu sein. Die zunehmende mikro- und damit auch wohlfahrtstheoretische Fundierung der Makroökonomik hat gerade nicht zu einer sozialpolitischen Reflektion makroökonomischer Maßnahmen geführt. Diese Fundierung hatte im Wesentlichen eine Stärkung des methodischen Individualismus in der Makrotheorie zur Folge. Zudem erlaubt sie allenfalls holzschnittartige Abweichungen vom Konzept repräsentativer Wirtschaftseinheiten. Im Ergebnis hat sie vor allem dazu geführt, dass erstens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als sozialpolitische Motivation der Makropolitik auszureichen scheint und zweitens eine wohlfahrtsökonomische Gleichbehandlung von Inflation und Arbeitslosigkeit zementiert ist.

3. WELLEN UND PARTIKEL

In der entwicklungspolitischen Diskussion makroökonomischer Zusammenhänge ist die Sozialpolitik weit mehr als nur ein weiteres, verwandtes Feld der Wirtschaftspolitik. Sie wird zum Urgrund der Makroökonomik. Makroökonomik und Sozialpolitik gehen ineinander auf. Diese Sichtweise steht im deutlichen Gegensatz zu den in Abschnitt 1 diskutierten

Rollenzuschreibungen. Hier folgt die Makroökonomie ihrer eigenen Logik. Diese beruht im Wesentlichen auf einer spezifischen Vorstellung des Trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit sowie auf alternativen Erklärungsansätzen für Wachstums- und Verteilungsphänomene. Sozialpolitik hingegen muss die makroökonomischen Ausgangsbedingungen als gegeben hinnehmen. Ihre Rolle ist es, die Folgeerscheinungen zu behandeln, zumindest so lange dies fiskalisch vertretbar ist. Dabei dominieren makroökonomische Politikmaßnahmen die Sozialpolitik zuweilen in einem Umfang, der als Gefahr für liberal gefasste Gesellschaften gesehen wird. Haushaltskonsolidierungs-, Geld- und Makrostrukturpolitik nehmen auf sozialpolitische Belange immer weniger Rücksicht.

Was könnte hinter dieser Gleichzeitigkeit von großer Nähe und ausgeprägtem Zwiespalt stecken? Lässt sich aus ihr eine weitreichende Erkenntnis ableiten? Ist es normalerweise sinnvoll, die Dichotomie zu akzeptieren und nur in besonderen Fällen auf die Kongruenzen beider Ansätze zu verweisen? Oder ist es, wie von der entwicklungspolitischen Debatte angeregt, notwendig, die Makroökonomik sozialpolitisch einzurahmen?

Darity und Goldsmith (1996, S. 121) vermuten, dass zwei unterschiedliche Vorstellungen von Rationalität am Werk sind. Der Ökonomik sei eine „substanzielle“, der Sozialpolitik eine „prozeduralen“ Rationalität eigen. Am Beginn makroökonomischer Untersuchungen stehen meist mikroökonomisch fundierte Wahlentscheidungen. Diese wiederum folgen nach Simon (1986) einer „substanziellen“ Vorstellung menschlicher Rationalität: Die dem Entscheidungsverhalten zugrundeliegenden Optionen und Rahmenbedingungen werden vom Entscheidungssubjekt weitestgehend durchdrungen. Demgegenüber steht die Vorstellung einer „prozeduralen“ Sichtweise menschlicher Rationalität, die in den meisten explizit sozialpolitischen Analysen vorherrscht. Hier geht es weniger um den Entscheidungsmoment selbst, sondern um den Weg, der bis zum Moment der Entscheidung zurückgelegt wurde. Nur dieser erlaubt Einblicke in die Sozialisationen und Motivationen, die für die Wahrnehmung der zur Verfügung stehenden Alternativen und damit die Entscheidungsfindung zentral sind.

Im engeren Sinne sozialpolitische und makroökonomische Betrachtungsweisen zeichnen sich damit durch ihren spezifischen Umgang mit einem für die Sozialwissenschaften charakteristischen Paradoxon aus. In einer liberalen Gesellschaft muss Gesellschaftstheorie bis zu einem gewissen Punkt akzeptieren, dass das relevante Untersuchungsobjekt das Individuum ist. Sowohl für die Sozialpolitik als auch die Makroökonomik nimmt das Individuum als basale Einheit deshalb

eine zentrale Stellung für die Theoriebildung ein. Ebenso unerlässlich ist es jedoch, sich immer wieder vom Individuum als zentralem Untersuchungsobjekt zu lösen. Viele Erkenntnisse lassen sich nur erzielen, wenn vollständig von den spezifischen Eigenschaften des Einzelnen abgesehen wird. Dabei geht es nicht nur um die Notwendigkeit, Theoriebildung unter den Bedingungen einer sich ausdifferenzierenden, komplexer werdenden Gesellschaft zu bewerkstelligen. Es geht auch um Situationen, in denen gesellschaftliche Veränderungen von Klassenkämpfen oder funktionalen Verteilungskonflikten beherrscht werden. Besonders relevant sind zudem Fragestellungen, in denen zur Analyse von sozialpolitisch oder makroökonomisch relevanten Gerechtigkeitsfragen ein Aushandlungsprozess unterstellt werden muss. Nicht umsonst ist das Individuum hinter dem Rawlschen Schleier der Ungewissheit zunächst all der Eigenschaften beraubt, die kombiniert das ausmachen, was wir üblicherweise als Individualität bezeichnen.

In beiden Feldern, der Sozialpolitik und der Makroökonomik, muss dieser Widerspruch ausgehalten und bestenfalls produktiv genutzt werden. Das Individuum muss gleichzeitig basale Untersuchungseinheit sein und auch nicht sein. Das Problem ähnelt dem der Quantenphysik, die zwar äußerst exakte Vorhersagen treffen kann, aber nur, wenn sie ihre elementaren Untersuchungseinheiten simultan (und scheinbar widersprüchlich) als Welle und Teilchen beschreibt. Vertreter der beiden Felder gehen mit diesem Problem auf äußerst unterschiedliche Art und Weise um. Beide Felder stellen unterschiedliche Versuchsaufbauten dar. Da die Objekte der beiden Ansätze unterschiedlichen Beobachtungsapparaten ausgesetzt sind, ergeben sich unterschiedliche Übergänge von der Welle zum Teilchen und umgekehrt.

Selbst wenn sie sozialpolitisch motiviert ist, nimmt die Makroökonomik das Individuum vor allem als Entscheider wahr. Ihr Beobachtungsapparat ist darauf ausgerichtet, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einzelwirtschaftlicher Entscheidungen zu rekonstruieren. Die Fiktion repräsentativer Wirtschaftseinheiten erlaubt Differenzierung nur im Moment des idiosynkratischen Schocks. Selbst in Modellen mit heterogenen Wirtschaftseinheiten ist dieser Umstand noch klar ersichtlich, da die Heterogenisierung entweder sehr holzschnittartig oder ad hoc erfolgt. In den meisten Modellen ist das Individuum deshalb vor und nach der Entscheidung in eine Wahrscheinlichkeitsverteilung eingehüllt. Im Ergebnis hingegen führt der spezifische methodische Individualismus der meisten makroökonomischen Ansätze zu einer Homogenisierung wirtschaftlicher Folgen. Diese werden beispielsweise als kurze oder lange Wellen von Produktionsaktivitäten beschrieben. Die

Konsequenzen makroökonomischer Wellenbewegungen treffen eine tendenziell homogene, amorphe Masse.

Hinter dem Dualismus von Makroökonomie und Sozialpolitik scheint so der grundsätzliche Dualismus zwischen Individuum und Gemeinschaft auf. In der Konsequenz mag es hierdurch zu einer Art Unschärferelation kommen: Je besser ein Theorieansatz zur Analyse und Fundierung sozialpolitischer Fragestellungen taugt, umso schwerer tut er sich, makroökonomisch anschlussfähig zu sein. Die elementare Untersuchungseinheit einer sozialpolitisch geschärften Makroökonomik kann deshalb nicht das Individuum sein. Es genügt eben nicht, das Verhalten des Einzelnen möglichst exakt zu beschreiben und dann die Einzelnen zu einem Aggregat zusammenzufassen. Ebenso wenig kann eine makroökonomische Theorie jedoch vom Umstand abstrahieren, dass am Ende die oder der Einzelne die Betroffenen sind.

LITERATUR

Atkinson, Tony (1999). "Macroeconomics and the Social Dimension." In *Experts Discuss Some Critical Social Development Issues*, United Nations: Division for Social Policy and Development, 3-18.

Becchetti, Leonardo und Pelloni, Alessandra (2013). "What are we learning from the life satisfaction literature?." *International Review of Economics* 60(2), 113-155.

Bickrey, William (1992). "Chock-Full Employment without Increased Inflation: A Proposal for Marketable Markup Warrants." *American Economic Review* 82 (2), Papers and Proceedings of the Hundred and Fourth Annual Meeting of the American Economic Association (May, 1992), 341-45.

Blanchard, Olivier, Dell'Ariccia, Giovanni, und Mauro, Paolo (2010). „Rethinking macroeconomic policy.“ *Journal of Money, Credit and Banking* 42(s1), 199-215.

Blanchflower, David G., Bell, David N.F., Montagnoli, Alberto und Moro, Mirko (2014). "The Happiness Trade-Off between Unemployment and Inflation." *Journal of Money, Credit and Banking* 46 (s2), 117-141.

Clark, Andrew E. und Oswald, Andrew J. (1994). "Unhappiness and Unemployment." *Economic Journal* 104(424), 648-659.

- Coibion, Olivier, Gorodnichenko, Yuriy, Kueng, Lorenz, und Silvia, John (2012). "Innocent bystanders? Monetary policy and inequality in the US." NBER WP 18170. National Bureau of Economic Research [<http://www.nber.org/papers/w18170>, letzter Aufruf: 16.5.2016].
- Crouch, Colin (2009). "Privatised Keynesianism. An Unacknowledged Policy Regime." *British Journal of Politics & International Relations* 11 (3), 382-399.
- Darity, William A. und Goldsmith, Arthur H. (1996). "Social Psychology, Unemployment and Macroeconomics." *Journal of Economic Perspectives* 10(1), 121-140.
- Davis, John B. (1991). "Keynes's critiques of Moore: philosophical foundations of Keynes's economics." *Cambridge Journal of Economics*, 15(1), 61-77.
- DeLong, Brad (2016). "Social Credit is the answer," <http://www.bradford-delong.com/2016/03/social-credit-is-the-answer.html> (Letzte Überprüfung: 16.5.2016).
- Di Tella, Rafael, MacCulloch, Robert J., und Oswald, Andrew J. (2001). „Preferences over inflation and unemployment: Evidence from surveys of happiness." *The American Economic Review*, 91(1), 335-341.
- Di Tella, Rafael, MacCulloch, Robert J., und Oswald, Andrew J. (2003). „The macroeconomics of happiness." *Review of Economics and Statistics* 85(4), 809-827.
- Eucken, Walter (1959). "Die Grundlagen der Nationalökonomie." Berlin, Heidelberg: Springer.
- Forstater, Mathew, Heilbroner, Robert, Rosen, Sumner und Warner, Aaron W. (2015). „Commitment to full employment: The economics and social policy in memory of William S. Vickrey." (Columbia University Seminar Series) Abingdon, Oxon: Routledge.
- Gylfason, Thorvaldur, und Herbertsson, Tryggvi Thor (2001). "Does inflation matter for growth?." *Japan and the World Economy*, 13(4), 405-428.
- Hacker, Björn (2014). „Konfliktfeld Soziales Europa. Vier Herausforderungen und Chancen zur Gestaltung des Europäischen Sozialmodells." Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, September 2014 (Internationale Politikanalyse) [<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10910.pdf>, letzte Überprüfung: 16.Mai 2016)].

- Hall, Peter A. und Soskice, David (2001). "Varieties of capitalism. The institutional foundations of comparative advantage." Oxford: Oxford University Press.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig, Feld, Lars P., Heun, Werner, Illing, Gerhard, Kirchgässner, Gebhard, Kocka, Jürgen, Schularick, Moritz, Streeck, Wolfgang, Wagschal, Uwe, Walter, Stefanie und von Weizsäcker, Carl Christian (2015). „Staatsschulden: Ursachen, Wirkungen und Grenzen.“ Bericht einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Berlin: Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V..
- Kalecki, Michael (1943). "Political Aspects of Full Employment." *Political Quarterly*, October/December 1943, 14, 322-31.
- Klüh, Ulrich (2014). "Sismondis Spur: Krisen- und Selbstverständnis der Ökonomik." In Held, Martin, Kubon-Gilke, Gisela und Sturn, Richard (Hrsg.): *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 13, Unsere Institutionen in Zeiten der Krisen*, Marburg: Metropolis Verlag.
- Klüh, Ulrich (2015). „Denken im Makroregime und Große Transformationen: Eine Anwenderperspektive.“ In Held, Martin, Kubon-Gilke, Gisela und Sturn, Richard (Hrsg.): *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik 15, Politische Ökonomik großer Transformationen*, Marburg: Metropolis Verlag.
- McCarthy, F. Desmond (2001). „Social Policy and Macroeconomics: The Irish Experience.“ Policy Research Working Paper No. 2736. Washington D.C.: The World Bank [<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/19417> License: CC BY 3.0 IGO., letzte Überprüfung: 16.5.2016]
- Mehrotra, Santosh, und Delamonica, Enrique (2007). "Eliminating human poverty: macroeconomic and social policies for equitable growth." London: Zed Books.
- Minsky, Hyman P. (1981). "The breakdown of the 1960s policy synthesis." Hyman P. Minsky Archive Paper 166 [http://digitalcommons.bard.edu/hm_archive/166, letzte Überprüfung: 16.5.2016].
- Minsky, Hyman P. (1985). "The Legacy of Keynes." Hyman P. Minsky Archive. Paper 26. [http://digitalcommons.bard.edu/hm_archive/26 - letzter Aufruf 21. März 2016]

- Polanyi, Karl (1944). "The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time." 2nd edition. Foreword by Joseph E. Stiglitz; introduction by Fred Block. Boston: Beacon Press.
- Robinson, Joan (1937). "Essays in the Theory of Employment." London: Macmillan and Co.
- Sen, Amartya (1998). "Human development and financial conservatism." *World Development*, 26 (4), 742-773.
- Simon, Herbert (1986). "Rationality in Psychology and Economics." *Journal of Business*, October 1986, 59, S209-24.
- Stiglitz, Joseph (1998). "Towards a new paradigm for development: strategies, policies and processes." Prebisch Lecture, Geneva: UNCTAD [http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/prebisch98.pdf], letzte Überprüfung: 16.5.2016].
- Streeck, Wolfgang und Mertens, Daniel (2010). „Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime.“ MPIfG Discussion Paper 10/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung [http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-5.pdf, letzte Überprüfung: 16.5.2016].
- Tendler, Judith (2004). "Why social policy is condemned to a residual category of safety nets and what to do about it." In: *Social Policy in a Development Context*, 119-142, London: Palgrave Macmillan.